



AG Umwelt in Hettstedt  
am 18.05.2015

Kinderakademie im Landtag  
am 21.05.2015

Innenpolitische Sprechertagung  
in Potsdam im Mai 2015

AG Wissenschaft und Wirtschaft +  
Bundes- und Europaangelegenheiten  
sowie Medien in Danzig im Mai 2015



# Einblick

Das Infoblatt der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt

## Kurz & Knapp:



Bernd Heynemann

### Ein neuer Präsident und ein neues Gesicht in der Fraktion

Kay Barthel, Landtagsabgeordneter und finanzpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, hat Anfang April 2015 sein Mandat niedergelegt, nachdem der Landtag ihn zum Präsidenten des Landesrechnungshofes Sachsen-Anhalts gewählt hat. „Ich freue mich über die Entscheidung des Parlaments. Mit Kay Barthel ist ein anerkannter Finanzexperte zum Rechnungshofpräsidenten gewählt worden, der das Amt neutral und der Stellung der Prüfbehörde angemessen ausüben wird. Die Entscheidung belegt auch eindrucksvoll die Handlungsfähigkeit des Parlaments am Ende einer Wahlperiode“, so André Schröder, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt. Als „Nachrücker“ für Kay Barthel kam der Magdeburger Bernd Heynemann am 21. April 2015 in die CDU-Landtagsfraktion. Er ist neues Mitglied der Arbeitsgruppe Finanzen. „Ich freue mich auf die Arbeit in der CDU-Landtagsfraktion und wurde von meinen Fraktionskolleginnen und Kollegen herzlich aufgenommen. Ich sehe mich nicht als Lückenfüller, sondern sehe den Lückenschluss hinsichtlich meiner kommunalpolitischen Arbeit im Stadtrat von Magdeburg und meiner erweiterten Abgeordnetentätigkeit zusätzlich im Land Sachsen-Anhalt“, erklärt Bernd Heynemann. Neue finanzpolitische Sprecherin und Vorsitzende der Arbeitsgruppe Finanzen der CDU-Landtagsfraktion ist Eva Feußner.



Markus Kurze

### Landtag mit Beschlüssen zum Rundfunkbeitrag und Breitbandausbau

Die CDU-Landtagsfraktion hat gemeinsam mit dem Koalitionspartner in der Junisitzung zwei konkrete Beschlüsse gefasst, von denen insbesondere auch die heimische Wirtschaft profitiert.

Beim Thema Rundfunkbeitrag wird sich die Landesregierung dafür einsetzen, die Kfz-Veranlagung beim Rundfunkbeitrag abzuschaffen. Die Kfz-Veranlagung war für die heimische Wirtschaft von Beginn an ein großes Ärgernis. Insbesondere kleine und mittelgroße Handwerksbetriebe, die strukturbedingt viele Kraftfahrzeuge benötigen (bspw. Bäckereien), sind mit zum Teil erheblichen Mehrbelastungen konfrontiert. Wenn jetzt die finanziellen Spielräume vorhanden sind, die Kfz-Veranlagung abzuschaffen, sollten diese auch genutzt werden. Beschlossen hat der Landtag ebenfalls einen

Antrag der Koalitionsfraktionen, mit dem die Schlagzahl beim Breitbandausbau noch einmal deutlich erhöht wird. Zwar hat der Ausbau von schnellem Internet von 50 Mbit/s in Sachsen-Anhalt in den letzten vier Jahren deutlich an Dynamik gewonnen, aber unser Land ist noch längst nicht da, wo es sein müsste. Deswegen muss die Förderung noch effizienter als bisher erfolgen und unterschiedlichen Bedarfen Rechnung tragen. Bei geplanten Baumaßnahmen sollen grundsätzlich bereits die technischen Voraussetzungen für eine spätere Nutzung, insbesondere mithilfe von Glasfasertechnik, geschaffen werden. Die Sachsen-Anhalt zufließenden Erlöse aus der Versteigerung der 700 MHz-Frequenzen (Digitale Dividende II) sollen hauptsächlich für eine finanzielle Entlastung der Kommunen beim Breitbandausbau genutzt werden. Spätestens Ende 2018 wollen wir flächendeckend Breitbandinternet von 50 Mbit/s zur Verfügung stellen.

### Verkehrsfreigabe der Ortsumfahrung Bernburg im Zuge der B6n



Frank Scheurell

Zur Verkehrsfreigabe der Ortsumfahrung Bernburg im Zuge der B6n erklärt der Vorsitzende der Arbeitsgruppe für Landesentwicklung und Verkehr der CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt, Frank Scheurell: „Mit der Eröffnung ihres zweiten Teilabschnitts ist die Ortsumfahrung Bernburg endgültig fertiggestellt. Damit wird Bernburg vom Durchgangsverkehr entlastet und die B6n als leistungsfähige Ost-West-Verbindung durch Sachsen-Anhalt weiter gestärkt. Allein für den Teilabschnitt wurden in den vergangenen Jahren Mittel in Höhe von rund 66,5 Millionen Euro verbaut. Für den Weiterbau der B6n von der B 183 bei Köthen bis zur A 9 liegt bestandskräftiges Baurecht vor. Die Finanzierung dieses Projekts hat auch für den Bund oberste Priorität. Für die CDU-Landtagsfraktion ist daher klar: Bis 2018 wollen wir auch die Anbindung der B6n an die A 9 schaffen. Insgesamt konnten in dieser Wahlperiode über 40 Kilometer Autobahn oder Bundesstraße neu eröffnet bzw. ausgebaut dem Verkehr übergeben werden. Für diese Projekte wurden insgesamt Mittel in Höhe von rund 375 Millionen Euro investiert. Die CDU-Fraktion steht auch in Zukunft ohne Vorbehalte zu allen Vorhaben der Bundes- und Landesverkehrswegeplanung.“



Herausgeber: André Schröder,  
Vorsitzender der CDU-Fraktion  
im Landtag von Sachsen-Anhalt  
Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg  
Tel.: 0391 5602016, Fax: 0391 5602028  
E-Mail: presse@cdufraktion.de  
www.cdufraktion.de

Fotos: CDU-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt  
Layout/Druck: Druckhaus SCHLUTTIUS GmbH | Telefon 0391 62857-0 | www.schlutius-magdeburg.de

## Dialogoffensive 3.0 - „AUF S MAUL SCHAUEN“ - Die Bürgerumfrage der CDU-Fraktion

Die CDU-Landtagsfraktion führt ihre Dialogoffensive fort, in deren Mittelpunkt die Bürgermeinung steht! Nachdem bereits im Jahr 2010 die größte Bürgerumfrage Sachsen-Anhalts erfolgreich durchgeführt wurde, will die CDU-Fraktion erneut wissen, wie Sachsen-Anhalt tickt, was sich die Menschen hier wünschen, was sie hoffen und befürchten.

Für das Motto der Bürgerumfrage bedienen wir uns in diesem Jahr des bekannten Lutherzitats: „Ihr müsst dem Volk aufs Maul schauen“. Der große Sachsen-Anhalter hatte Recht! Nur wer genau zuhört und hinsieht, kann den Menschen wirklich nahe sein. So macht es 2015 erneut die CDU-Fraktion. Im Rahmen der Dialogoffensive wollen wir eine Brücke zwischen der Arbeit der Fraktion und der Meinung der Bürgerinnen und Bürger bauen. Was bewegt die Menschen? Wir wollen sie noch besser an politischen Entscheidungsprozessen beteiligen.

Die Bürgerumfrage soll eine Bestandsaufnahme sein, Einblicke in die parlamentarische Arbeit geben und in der Auswertung Grundlagen für weiteres Handeln geben. Dazu wurde ein Online-Fragebogen erarbeitet, der Themen wie Verkehrspolitik, Finanzen, Wirtschaftspolitik, Bildung, Sicherheit und Umwelt aufführt. Der Fragebogen ist acht Wochen lang über die Homepage [www.maulschau.de](http://www.maulschau.de) für alle Bürgerinnen und Bürger verfügbar. Im September sollen die Umfrageergebnisse dann präsentiert werden. Die Antworten fließen in die Gestaltung einer an den Interessen der Bürgerinnen und Bürger ausgerichteten parlamentarischen Arbeit für unser Land ein. Wir freuen uns auf ehrliche Meinungen und interessante Impulse!

Besonders wichtig ist uns, dass viele Bürgerinnen und Bürger Sachsen-Anhalts an dieser Umfrage teilnehmen. Deshalb empfehlen Sie diese bitte weiter!

Jetzt mitreden, mitgestalten, mitmachen unter: [www.maulschau.de](http://www.maulschau.de)

André Schröder,  
Vorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag  
von Sachsen-Anhalt beim Start der  
landesweiten Bürgerumfrage



# Fraktion vor Ort:



Pressekonferenz zum Thema Tierschutz am 24.03.2015



Verabschiedung von Kay Barthel



AG Finanzen in Brüssel im April 2015



Fraktionsvorstand in Prag im April 2015



AG Ernährung Landwirtschaft und Forsten in Blankenburg am 07.05.2015



Auswärtiger Fraktionstag im Raum Bitterfeld-Brehna am 12.05.2015

## Weitere Entlastungen für die Kommunen



Eva Feußner Mdl  
Vorsitzende der AG Finanzen und finanzpolitische Sprecherin

Die Kommunalfinanzen sind für die CDU-Fraktion ein erklärter Schwerpunkt der Parlamentsarbeit. So richten wir unser Augenmerk auf eine lebenswerte und zukunftsorientierte Existenz unserer Kommunen und stehen für weitere Entlastungen ein.

### Stark V

Das Programm STARK V wird in diesem Sommer anlaufen und bis Ende 2018 dauern. Sachsen-Anhalt erhält aus dem Förderprogramm des Bundes für finanzschwache Kommunen 111 Millionen Euro. Das sind neunzig Prozent der Gesamtkosten des Programms. Die übrigen zehn Prozent soll die geförderte Kommune entweder selbst tragen, oder das Land übernimmt die Kosten. In Sachsen-Anhalt kommt die Landesregierung einer Forderung der CDU nach, diesen Eigenanteil von 12,3 Millionen Euro für die Kommunen zu zahlen. Ohne Eigenmittel können Kommunen in Notlagen damit z. B. in schnelles Internet oder in die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude investieren.

## Unterbringung von Flüchtlingen und Asylsuchenden

Mit der steigenden Zahl von Flüchtlingen und Asylsuchenden, die auch in Sachsen-Anhalt aufgenommen werden, stehen das Land und die Kommunen vor besonderen Herausforderungen. Die Kommunen bei dieser schwierigen Aufgabe zu unterstützen, ist ein besonderes Anliegen der CDU-Fraktion. So haben sich der Bund und die Länder darauf verständigt, die Kommunen von entstehenden Mehrbelastungen in den Jahren 2015 und 2016 zu entlasten. Der auf Sachsen-Anhalt entfallende Anteil von je 13,5 Millionen Euro wird dabei vollständig den Kommunen zur Verfügung gestellt. Im Rahmen des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) wurden zudem die Mittel zur Milderung der finanziellen Mehrbelastungen der Landkreise und kreisfreien Städte von ursprünglich 13 auf 23 Millionen Euro erhöht.

Für die Förderung lokaler Willkommenskultur für Flüchtlinge wurden für die Jahre 2015 und 2016 im Landeshaushalt jeweils 350.000 Euro eingestellt, um unter anderem Integrationsangebote für > Flüchtlingskinder, > Qualifizierung und Unterstützung ehrenamtlicher Sprach- und Integrationslotsen, > Unterstützung der Information einheimischer Bevölkerung und der interkulturellen Begegnung mit Flüchtlingen sowie den > Einsatz interkultureller Konfliktmoderation bei entsprechenden Bedarfslagen zu finanzieren. Für andere Integrationsprojekte stehen weitere 320.000 Euro im Haushalt bereit.

Darüber hinaus können die Kommunen entlastet werden, wenn Asylantragsteller, die aus sicheren Herkunftsländern stammen und bei denen daher von vornherein klar ist, dass ihr Asylantrag abgelehnt wird, zukünftig nicht mehr auf die Kommunen verteilt, sondern für die Dauer ihres Asylverfahrens in der zentralen Aufnahmeeinrichtung belassen werden. Daher begrüßen wir eine schnelle Lösung für eine weitere zentrale Anlaufstelle mit erhöhter Aufnahmekapazität.

Aufgrund der steigenden Flüchtlings- und Asylsuchendenzahlen sind auch unsere Gerichte an Kapazitätsgrenzen gestoßen. Hauptsacheverfahren in Bezug auf Asylrechtsstreitigkeiten dauern schon jetzt ca. 7,5 Monate. Daher fordert die CDU-Fraktion zusätzliche Richterstellen beim Verwaltungsgericht, um auch den Antragsstellern schnelle Gewissheit über ihren Asylantrag zu geben. Aufenthaltsbeendigungen müssen konsequent durchgesetzt werden.

## Aufbau der Musikwirtschaft umfassend gestalten



Hardy Peter Güssau Mdl  
Vorsitzender der AG Bildung und Kultur



Dr. Gunnar Schellenberger Mdl  
kulturpolitischer Sprecher

Im Rahmen einer Tagung der kulturpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktionen der Bundesländer in Hamburg vom 18. auf den 19. Mai 2015 wurde das Thema „Musikwirtschaft“ eingehend erörtert und die wichtigsten Gedanken in einer Resolution zusammengefasst, deren wesentliche Punkte nachstehend dargestellt sind:

Musik spielt für die kulturelle Vielfalt Deutschlands eine zentrale Rolle. Sie steht in einer über zehn Jahrhunderte dauernden Tradition, sie steigert die emotionale und geistige Bildung der Menschen, vermittelt Werte und sie ist Herkunft, ist Identität. Gleichzeitig ist Musik auch ein Wirtschaftsfaktor. Orchester, Opernhäuser und Ballettensembles, Musikschulen und Musikhochschulen, Musikverlage und Tonträgerindustrie mit ihren Musiklabels und Rundfunkanstalten, der Instrumentenbau, die Livetechnik sowie der Musikfachhandel, Musicals und Filmmusik, Clubs, Diskotheken und Konzertlocations – all diese Teilbereiche der Musikwirtschaft schaffen Arbeitsplätze, erzielen enorme Umsätze und erwirtschaften zugleich Umsatzrentabilitäten. Der erzielte Gesamtumsatz in Deutschland lag 2009 etwa bei 1,48 Mrd. Euro.

Dennoch hat die Musikwirtschaft auch mit umfassenden Problemen zu kämpfen. Dazu gehören u.a. die Digitalisierung und deren Einfluss auf die Urheberrechte, die Auswirkungen des TTIP-Abkommens mit den USA und die Konsequenzen aus dem sich stetig ändernden Musikverhalten und dem Musikkonsum. Aus diesen Gründen fordern die kulturpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Landtagsfraktionen, dass

- die Kulturpolitik der Länder, insbesondere über die Kultusministerkonferenz (KMK) und über den Bund gemeinschaftlich dafür Sorge trägt, dass für die musikalische Breitenbildung sowie für den Musikunterricht an Schulen, Musikschulen und Musikhochschulen ausreichende und stetige finanzielle Mittel bereitgestellt werden;

- die Möglichkeiten der Kooperationen der Länder mit dem Bund im Bereich der Musikförderung geprüft werden,

um die Schließung von Orchestern, Opernhäusern und Musikschulen abzuwenden;

- Bund und Länder die Musikinstitutionen stärker als bisher bei der Drittmittelakquise unterstützen;

- die Bundesregierung gemäß dem Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD von 2013 einen verlässlichen europäischen und internationalen Rechtsrahmen für die Leistungsgewährung künstlerischer Produkte im Internet (Downloads) entwickelt;

- die Bundesregierung dafür Sorge trägt, im Rahmen der Verhandlungen zum geplanten Freihandelsabkommen TTIP die Rechte europäischer Musiker und Komponisten zu stärken, sodass diese auch in den USA Tantiemen für Einsätze im Radio und an öffentlichen Plätzen erhalten. Gleichzeitig müssen im Rahmen der TTIP-Verhandlungen auch die US-amerikanischen Hostprovider stärker in die Pflicht genommen werden;

- die durch das Freihandelsabkommen entstehenden wirtschaftlichen Impulse und steigenden öffentlichen Budgets verstärkt der Musikförderung zugutekommen.

